

**Rede des
Stellv. Abteilungsleiters Soziales im
Ministerium für Arbeit, Integration und
Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen,**

Manfred Feuß

**anlässlich der Fachveranstaltung „Innovative
Ansätze in der kommunalen
Sozialberichterstattung“
am 19. November 2010 in Bielefeld**

Es gilt das gesprochene Wort!

Gliederung der Rede:

- 1. Begrüßung/Einleitung**
- 2. Sozialberichterstattung/Sozialmonitoring
und Sozialplanung in Kommunen**
- 3. Schlussworte**

1. Begrüßung/Einleitung

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mein Name ist Manfred Feuß und ich bin Stellvertretender Abteilungsleiter im Sozialministerium in Düsseldorf. Dass ich hier vor Ihnen stehen darf, hängt mit einem kurzfristig angesetzten politischen Termin im Landtag für Herrn Minister Schneider zusammen. Er kann deswegen heute nicht nach Bielefeld kommen. Er lässt sich entschuldigen und wünscht der Veranstaltung viel Erfolg.

Meine Damen und Herren,

**ich möchte mich bei meinem Vorredner,
Herrn Oberbürgermeister Clausen
bedanken, der die heutige Veranstaltung
ermöglicht hat. Der Dank gilt ebenso Herrn
Kähler und Herrn Wörmann von der Stadt
Bielefeld für die engagierte Unterstützung
und Hilfe.**

**Meine sehr verehrten Damen und Herren,
ich freue mich über Ihr zahlreiches
Erscheinen; es zeigt mir, dass das Thema
unserer Veranstaltung auf großes Interesse
stößt.**

**Manche wird es überraschen, aber die Stadt
Bielefeld und das nordrhein-westfälische**

**Sozialministerium pflegen bereits seit
etlichen Jahren im Bereich der
Sozialberichterstattung eine enge,
erfolgreiche Zusammenarbeit.**

**Heute fast auf den Tag genau vor 5 Jahren
haben wir in Vorbereitung auf unseren
Armuts- und Reichtumsbericht 2007 einen
Versuch gestartet, den bis heute kein anderes
Bundesland unternommen hat.**

**Wir haben uns damals entschieden, die
kommunale Ebene mit in unseren
Landesbericht aufzunehmen. Sechs Städte
hatten sich zur Zusammenarbeit bereit
erklärt, darunter auch Bielefeld. Herr Kähler**

und Herr Wörmann werden sich sicherlich noch erinnern können.

War der Anfang zugegebenermaßen noch etwas zäh, gab es nach zahlreichen Diskussionen eine gute, vertrauensvolle und auch im Ergebnis erfolgreiche Zusammenarbeit.

Bielefeld war schließlich eine von vier Städten, die ihre ganz besondere soziale Situation im Bericht des Landes dargestellt haben.

Ich möchte mich heute noch einmal für diese Zusammenarbeit und Unterstützung bedanken. Die, wie ich vermute, auch

**politisch nicht immer so ganz
unproblematisch war.**

**Ich freue mich, dass wir mit der heutigen
Veranstaltung diese gute Zusammenarbeit
fortsetzen.**

**Meine Damen und Herren,
in Deutschland gibt es heute wesentlich mehr
einkommensarme Menschen als noch vor
zwei Jahrzehnten.**

**Seit 2000 hat sich das Armutsrisiko in NRW
von 13,7 % auf 14,5 % im Jahr 2009 erhöht.**

Das bedeutet konkret:

- **Rund 2,6 Millionen Menschen in NRW sind einkommensarm,**
- **über 800.000 Kinder und Jugendliche leben in einkommensarmen Haushalten.**

Diese zunehmende Verarmung und soziale Ungleichheit spiegelt sich vor allem vor Ort in den Städten wider.

Eine Studie der Universität Köln spricht in diesem Zusammenhang sogar schon von „gespaltenen Städten“.

Die Forscher haben untersucht, wie sich die 15 größten deutschen Großstädte zwischen 1990 und 2005 entwickelt haben.

Hiernach wächst die soziale Spaltung in 11 der 15 untersuchten Städte: nicht nur in

Dresden und Leipzig, sondern auch in Dortmund, Essen und Duisburg. Selbst in Orten mit besseren wirtschaftlichen Bedingungen wie zum Beispiel Düsseldorf und Köln, um in NRW zu bleiben, sieht es nicht besser aus.

Die räumliche Abgrenzung der Armen nimmt danach zu. In den meisten Großstädten gibt es immer mehr Armutsquartiere, die bereits bestehenden verfestigen sich.

Und damit beginnt ein Teufelskreis: Wer es sich leisten kann, zieht weg. Den Dagebliebenen, vor allem den Kindern, fehlen positive Rollenvorbilder, die

Infrastruktur dünnt aus, Konflikte nehmen zu.

Häufig sind dann die Stadtteile mit den höchsten Anteilen von Kindern und Familien an der Bevölkerung auch zugleich jene mit besonders hohen Armutsquoten, hoher Arbeitslosigkeit, hohen Anteilen von Alleinerziehenden und besonders vielen Migrantinnen und Migranten.

Die Menschen in diesen Stadtteilen leben sozialräumlich abgegrenzt und sozial isoliert, ihr tägliches Umfeld wird vornehmlich durch die Einkommensarmut der Bewohner bestimmt.

**Anrede,
diese Situation ist Alltag in vielen Städten
und zunehmend auch in ländlichen Regionen.
Diese Zahlen und Aussagen machen deutlich,
dass Kommunen im Kampf gegen die
wachsende Armut eine maßgebliche
Schlüsselfunktion einnehmen.**

**Das heißt: Eine Politik der kommunalen
Armutsprävention wird dringlicher denn je
benötigt.**

2. Sozialberichterstattung/Sozialmonitoring und Sozialplanung in Kommunen

Anrede,

doch die Kommunen haben nicht nur das Problem zunehmender Polarisierung und Segregation zu schultern, sondern verfügen auch über immer geringere finanzielle Mittel. Deshalb ist die Steuerung der kommunalen Sozialpolitik mehr denn je auf zeitnahe fachliche und ökonomische Informationen angewiesen.

Denn sozialpolitische Entwicklungen dürfen nicht sich selbst überlassen werden, sie benötigen der Steuerung. Voraussetzung für diese Steuerung ist eine genaue Kenntnis der jeweiligen Bedarfslagen. Eine gute Datengrundlage und eine gezielte Informationspolitik sind für eine sinnvolle

**Planung in Kreis und Kommune
unabdingbar notwendig.**

**Dabei liefert die kommunale
Sozialberichterstattung die Informationen
für eine vorausschauende Sozialplanung. Das
bedeutet, dass über dieses so genannte
Sozialmonitoring der Bedarf an
Einrichtungen, Maßnahmen und Mitteln
zielgenauer gesteuert werden kann.**

**Die Stadt Bielefeld geht hier mit gutem
Beispiel voran, mit ihrem kleinräumig
ausgerichteten Sozialleistungsbericht und mit
ihrem im Aufbau befindlichen
Datenstrukturatlas.**

**Mit der Verstetigung dieser Berichte
erweitern sich die Möglichkeiten zur
Dauerbeobachtung der sozialen
Entwicklungen zum Beispiel in den
Stadtteilen.**

**Anrede,
mit diesen Leistungen hat Bielefeld eine
solide Grundlage geschaffen, auf der die
Sozialplanung aufsetzen kann. In Zeiten
knapper Kassen geht es um eine optimierte
Sozialplanung, die präventiv und
zielgerichtet ausgerichtet ist auf die
Bedürftigen dieser Gesellschaft. In Zeiten
knapper Kassen geht es aber auch um eine**

sinnvolle Verzahnung von Sozial- und Finanzplanung.

Anrede,

genau dieses Thema steht heute im Mittelpunkt unserer Veranstaltung.

Deshalb sind wir heute hier zusammengekommen, um mit Ihnen zu diskutieren. Wir wollen mit Ihnen nach Antworten auf folgende Fragen suchen:

- **Wie könnte vor dem Hintergrund der schwierigen sozialen und finanziellen Lage der Kommunen eine optimierte Sozialplanung aussehen?**

- **Welche Chancen bietet das Neue Kommunale Finanzmanagement?**
- **Was ist zu tun, um Sozial- und Finanzplanung miteinander zu verknüpfen?**
- **Welche Vorteile bringt diese Verknüpfung mit sich – für die Arbeitsebene, für die politische Ebene?**

Anrede,

wir halten das heutige Thema für so wichtig, dass wir der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement, der KGSt, einen Auftrag erteilt haben bis Ende 2011 ein Praxishandbuch mit konkreten

Umsetzungsbeispielen zu diesem Thema zu erstellen.

In die Entwicklung dieses Handbuchs werden neben den Kommunalen Spitzenverbänden, verschiedene Sozialdezernenten und Kämmerer aus Kommunen und Kreisen sowie ein Vertreter der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien und Öffentlichen Wohlfahrtspflege eingebunden.

Herr Dr. Reichwein, der Verantwortliche für das Handbuch bei der KGSt, wird Sie gleich noch weiter über das Handbuch informieren.

3. Schlussworte

Anrede,

**wir haben heute hier mit Ihnen viel
Sachverstand und Erfahrungswissen
eingeladen. Ich erwarte deshalb einen regen
Informationsaustausch sowie eine
interessante und anregende Diskussion.
Und danach viel Erfolg für die Umsetzung in
Ihrer Kommune oder in Ihrem Kreis.
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**